

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/4

Bonn, den 7. Januar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 P A R I S - M O S K A U 45

-----  
Neue Phase der sowjetisch-französischen Beziehungen?

2 Statt der Pille ein Magenpräparat 39

-----  
Juristisch folgenschwere Auswirkungen

3 - 4 Die Slowaken wählten eine von vier Alternativen 80

-----  
Als sie 1918 mit den Tschechen die Tschechoslowakei bildeten

Von Igor Valentin, Prag

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Patriotisch und europäisch kein Widerspruch  
Aufgaben für 1919

Erst 30 Prozent der Betriebe eingegliedert  
Wiedersehen nach zwei Jahrzehnten

Zwanzig Jahre nichts für Deutsche getan  
Sudetendeutsche - Stiefkinder der Geschichte  
Jeder Dritte lernt deutsch

P A R I S - M O S K A U

---

Neue Phase der sowjetisch-französischen Beziehungen?

sp - De Gaulles Versuch, mit Moskau wieder in ein intensives Gespräch zu kommen, ist natürlich auch für die Bundesrepublik von Bedeutung. Die zur Zeit in Paris stattfindenden französisch-sowjetischen Verhandlungen konzentrieren sich offiziell zwar auf die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjetunion. Aber weder die Franzosen noch die Sowjets machen einen Mehl daraus, daß hierbei auch wichtige politische Fragen zur Debatte stehen.

Vordergründig geht es de Gaulle wahrscheinlich darum, seine Rolle als ausgleichender Faktor in der europäischen Ost-West-Politik erneut herauszustellen. Er kann damit - falls die Sowjets mitspielen - zwei Ziele erreichen. Erstens zwingt er die Kommunistische Partei Frankreichs wieder einmal innenpolitisch zu einer gewissen Abwehrlaltung ihm gegenüber. Zweitens sichert er der französischen Diplomatie in allen ost- und südosteuropäischen Staaten eine gute Position zur Verbesserung und Ausweitung der Beziehungen zu Frankreich.

Der französische Staatspräsident darf bei diesem Versuch davon ausgehen, daß der neue amerikanische Präsident Frankreichs Bemühungen um die Einleitung einer neuen Entspannungspolitik zwischen Ost und West in Europa unterstützen wird; und sei es nur deshalb, um die Vereinigten Staaten in Europa etwas zu entlasten.

In der Bundesrepublik wird man dieser Entwicklung größte Aufmerksamkeit widmen müssen. Immer noch gilt de Gaulles Wort, wonach er zugesagt hat, daß er bereit sei, seinen Einfluß in Osteuropa geltend zu machen und darzustellen, daß die Bundesrepublik *n i c h t* - wie es die kommunistische Propaganda behauptet - "revanchelüster und militaristisch" sei.

Auch wirtschaftspolitisch könnte unter Umständen durch die Verbesserung der Beziehungen zwischen Moskau und Paris in Europa eine neue Situation entstehen. In letzter Zeit ist das Volumen der französisch-sowjetischen Wirtschaftsvereinbarungen erheblich erweitert worden. Die chemische Industrie Frankreichs, aber auch die Maschinenindustrie, hat sich in der Sowjetunion einen hervorragenden Platz erobert. Dadurch entstehen unvermeidbar auch gewisse Überschneidungen bei der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen EWG-Partnern und dem COMECON-Bereich.

Fügt man dem hinzu, daß der langjährige sowjetische Botschafter in Bonn, *S m i r n o w*, gerade jetzt zu einem der stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion ernannt wurde - Smirnow gilt in seiner Heimat als einer der besten Kenner Deutschlands und Europas - dann darf man wohl von der Überlegung ausgehen, daß möglicherweise die Europapolitik Moskaus unter besonderer Berücksichtigung des deutsch-französischen Verhältnisses einer neuen Phase entgegensieht.

+ + +

### Statt der Pille ein Magenpräparat

#### Juristisch Folgeschwere Auswirkungen

KN - Die sechste Zivilkammer des Landgerichts Itzehoe hat einen Apotheker Uazu verurteilt, 50 Prozent der Unterhaltungskosten für einen neugeborenen Jungen bis zu dessen 18. Lebensjahr zu zahlen, weil ein Apotheken-Angestellter der Mutter des Kindes statt der vom Arzt verordneten Antibaby-Pille ein Magenpräparat gegeben hatte. Der Prozeß ist nunmehr in der zweiten Instanz beim OLG in Schleswig anhängig. Es handelt sich um eine erste Grundsatzentscheidung auf dem Sektor der Pille in der Bundesrepublik.

Voraussichtlich werden die Juristen aber in dieser Angelegenheit keine voll befriedigenden Urteile fällen können, weil das Bürgerliche Gesetzbuch ein derartiges "Rechtsgut" bei seiner Formulierung noch nicht ins Auge fassen konnte. Würde man nämlich den Grundüberlegungen des BGB folgen, so könnte der Apotheker auch verlangen, daß das Kind ihm überlassen wird. Das wäre analog des oft von Repititoren genannten Beispiels, wonach jemand, der eine kostbare Vase zerschlägt, sie zwar ersetzen muß, aber auch die Scherben, die Schadensmasse sozusagen, dann an sich nehmen darf.

Die Mutter, Frau eines Schrankenwärters aus Kellinghusen, hatte bereits fünf Kinder. Daraufhin verschrieb ihr der Arzt die Antibaby-Pille. Der Apotheker-Angestellte händigte ihr stattdessen ein Magenpräparat aus. Die Mutter nahm regelmäßig die Magenpillen. Auch ein zweites Mal wurde statt der Antibaby-Pille die "Magenpille" ausgegeben. Schließlich erhielt sogar der Vater, der die Packung für die Magentabletten vorwies, ein drittes Mal das falsche Präparat.

Vor dem Gericht machte die Mutter geltend, sie habe zwar gelesen, daß es sich um ein Magenpräparat handele; sie habe das ganze aber als Tarnung angesehen. Die 6. Zivilkammer des Landgerichtes entschied, der Apotheker habe daher den Schaden verursacht. Ein Mitverschulden der Mutter bestehe jedoch. Der Apotheker habe daher die Hälfte der Unterhaltskosten des Kindes zu tragen.

Der Apotheker ist inzwischen bei der Zivilkammer des Oberlandesgerichts in Schleswig in die Berufung gegangen. Die großen Versicherungen in Deutschland haben ihren Hauspublikationen das Urteil veröffentlicht. Die ganze Rechtsmaterie ist aber nicht nur von der Versicherungsseite her neu. Es läuft offenbar darauf hinaus, daß zum Komplex "Antibaby-Pille" eine Ergänzung zum BGB notwendig ist, die vom Bundesjustizministerium erarbeitet und vom Bundestag beschlossen werden müßte.

+ + +

## Die Slowaken wählten eine von vier Alternativen

Als sie 1918 mit den Tschechen die Tschechoslowakei bildeten

Von Igor Valentin, Prag

Die jetzt im Entstehen begriffene Föderation CSSR (Tschecho-Slowakische Sozialistische Republik) wird von beiden Teilstaaten CSR (Tschechische Sozialistische Republik) und SSR (Slowakische Sozialistische Republik) gebildet. Damit erhält eine staatliche Konzeption, die 1918 unter der Bezeichnung CSR (was damals Tschecho-Slowakische Republik bedeutete) gegründet wurde und 1945 wieder erstanden ist (um unter den Stalinisten die Bezeichnung auf CSSR zu erweitern) endlich den inneren Gehalt, der den Slowaken 1918 in der Deklaration von Sv. Martin (vom 30. Oktober 1918) vorschwebte, als sie ihre staatliche Verbindung mit den bereits am 28. Oktober 1918 selbständig gewordenen Tschechen proklamierten. Die Slowaken proklamierten ihren Entschluß sehr feierlich und begeistert, ohne damals zu ahnen, welchen Tribut sie dem Prager Zentralismus noch zahlen würden.

### Jetzt erst "Gleiche unter Gleichen"

Wenn jetzt, nach den Erfahrungen von 50 Jahren, die slowakische Führung (vor allem Dubcek und Husak) in einer föderierten CSSR die beste Zukunftsgarantie für die beiden, so nah verwandten slawischen Völker im Herzen Europas sieht, so bleibt sie der Erkenntnis treu, die ihre Großväter gewonnen hatten, als durch den ersten Weltkrieg 1914-18 jahrhunderte alte Bindungen in Mitteleuropa zerbrochen wurden und im Osten Europas das Experiment des Bolschewismus/Kommunismus begann. Damals gab es für die Slowaken vier Alternativen. Vor kurzem hat die Prager "Lidova Demokracie" in einem Gespräch mit dem slowakischen Historiker Doc. Dr. Jan Mlynarik diese vier Alternativen der tschechischen Öffentlichkeit ins Gedächtnis gerufen. Die Absicht war klar: Das Bewußtsein der Tschechen dafür zu schärfen, daß es auch für sie nur die Möglichkeit "Gleiche unter Gleichen" mit den Slowaken in einem gemeinsamen Staate gibt, wenn sie als selbständiges Volk Mitteleuropas überleben und eine Rolle spielen wollen.

### Weder mit den Russen, noch mit den Ungarn

Solange im Ersten Weltkrieg die zaristische Armee noch eine Rolle spielte, gab es in der damals zum Königreich Ungarn gehörenden Slowakei (die aus ungarischen Komitaten bestand und keine ethnographische Einheit bildete) eine starke russophile Bewegung. Auch tschechische Politiker waren russophil, aber bei den russophilen Slowaken ging es nicht darum, mit Hilfe des Zaren einen slowakischen Staat zu errichten (wie dies der tschechische russophile Nationalist Dr. Kramar(sch) für die Tschechen anstrebte), sondern um die "Befreiung vom ungarischen Joch" und eine "Symbiose mit dem östlichen slawischen Staat". Die russische Oktoberrevolution stieß in der (zum Großteil agrarischen und sehr

religiösen) Slowakei auf völliges Unverständnis. Als dann im März 1918 von den Bolschewiken der Separatfrieden von Brest-Litowsk geschlossen wurde, war damit auch die russophile Konzeption in der Slowakei am Ende. Moskau "war an Mitteleuropa nicht mehr interessiert", diese Alternative erlosch.

Als sich der Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie abzuzeichnen begann und damit eine 700-jährige Tradition vor ihrem Ende stand, ergab sich die eventuelle Möglichkeit, daß die ungarische Staatsidee erhalten blieb und die Slowakei ein autonomer Teil dieses Ungarn wurde. Dafür plädierten vor allem jene slowakischen Kreise, die Budapest als Zentrum eines großen lebensfähigen Staates betrachteten und in einer Völkergemeinschaft eines neuen Groß-Ungarn mit seiner 1000-jährigen Geschichte eine Zukunftsgarantie auch für ihr Volk sahen. Doch gerade die Erfahrungen dieser 1000-jährigen Geschichte veranlassten den populären Führer der slowakischen Katholiken, Pater Hlinka, darauf hinzuweisen, daß die "1000-jährige Ehe mit den Ungarn sich nicht bewährt" habe. Von allen vier Alternativen der Slowaken hatte die "ungarische" die geringsten Chancen.

#### Polen nein - Tschechen ja

Die weitere dritte Möglichkeit war das Zusammengehen mit den Polen, von denen die Slowaken nur durch die Karpaten getrennt sind. Noch bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 förderten die Polen die slowakische Delegation des Pater Hlinka in jeder Weise, aber damals waren die Würfel schon gefallen. Es wird den Historikern immer bewußter, daß die grundsätzliche Ablehnung der Habsburger und der österreichischen Hälfte der Donaumonarchie durch Masaryk, aber auch seine Abkehr vom böhmischen Staatsrecht (das nur die Bildung eines Staates Böhmen/Mähren/Schlesien ermöglicht hätte) den Zusammenschluß der Tschechen und Slowaken zu einem Staat erst ermöglicht hat. Masaryk, dessen Vater ein mährischer Slowake war, und der Franko-Slowake Stefanik (er verunglückte tödlich nach Kriegsende beim Flug nach Preßburg) hatten ihre "tschechoslowakische Konzeption" konsequent bei den Westmächten durchgesetzt und überzeugten schließlich auch die meisten aktiven Politiker in der Slowakei. Das war 1918/19.

Knappe 20 Jahre später ging die Slowakei eigene Wege - es war das Ende der Souveränität zuerst für die Tschechen und dann für die Slowaken, die an der Seite Hitlers in den Krieg eintreten mußten. Es kam 1945 und - 30 Jahre nach dem 1. München - der Versuch eines "neuen München" durch den sowjetischen Einmarsch in Prag. Trotz aller brüderlichen Enttäuschungen im Laufe von 50 Jahren haben jedoch die Tschechen und die Slowaken das eine gelernt: Nur wenn sie zusammenhalten, können sie als Völker überleben und souverän bleiben.